

---

# Die bayerische Verwandtenaffäre – Ein demokratisches Lehrstück

Von Hermann K. Heußner, Osnabrück/Kassel

---

## I. „Sturm“ und „Unwetter“ über Bayerischen Landtagsabgeordneten

Im April und Mai 2013 fegte ein „Sturm“ über die politische Landschaft Bayerns. Die Veröffentlichung des Buches „Die Selbstbediener“ des notorischen „Parteienquälgeistes“ Hans Herbert von Arnim Mitte April 2013 und die anschließenden Recherchen der Medien brachten die Sache ins Rollen. Es trat zutage, dass unzählige Landtagsabgeordnete Verwandte auf Staatskosten beschäftigt hatten. Mehrere Kabinettsmitglieder und knapp ein Fünftel der CSU-Fraktion ist betroffen, in geringerem Ausmaß auch SPD, Grüne und Freie Wähler. Der CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Schmid musste vom Fraktionsvorsitz zurücktreten und seine Wiederkandidatur für den Landtag aufgeben. Ebenfalls musste der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der CSU-Abgeordnete Georg Winter, vom Ausschussvorsitz zurücktreten. Der Parlamentarische Geschäftsführer und schwäbische SPD-Bezirksvorsitzende Harald Güller musste von diesen Ämtern demissionieren. Gegen Schmid, Winter, Güller und die Abgeordnete Claudia Jung von den Freien Wählern ermittelt bzw. ermittelte die Staatsanwaltschaft. Hektisch wurden Zehntausende Euro erstatteter Gehälter an die Staatskasse zurückgezahlt. Die gesetzlichen Grundlagen der Beschäftigung von Abgeordnetenmitarbeitern und zur Offenlegung von Nebentätigkeiten wurden am 16. Mai 2013 im verfassungsrechtlich zweifelhaften Eiltempo geändert,<sup>1</sup> die geplante massive Erhöhung der Haushaltsmittel für die Mitarbeiterbeschäftigung storniert. Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) begann eine Prüfung des Landtagsamts. Die CSU gab bekannt, dass sie sich einen Verhaltenskodex gibt<sup>2</sup> und die Fraktionszulagen ihrer Abgeordneten kürzt.

Eine zweites „Unwetter“ brach im Juni über den Landtag herein, nachdem von Arnim die erweiterte Neuausgabe seines Buch herausgebracht hatte. Diesmal beschränkten sich die Reaktionen aber im Wesentlichen auf Ankündigungen: Nach der Wahl würden weitere Kritikpunkte in Angriff genommen, darunter die Altersversorgung.<sup>3</sup> Eine „Expertenkommission“ solle eingesetzt werden, welche sämtliche Leistungen der Abgeordneten unter die Lupe nehme.<sup>4</sup> Auch die Landtagspräsidentin Barbara Stamm von der CSU signalisierte Gesprächsbereitschaft über Altersversorgung, Aufwandspauschale und IT-Pauschale.<sup>5</sup>

Ein drittes Unwetter brach am 12.8.2013 los, als der ORH seinen Prüfungsbericht vorstellte. Er legt minutiös dar, dass die „Bewirtschaftung der ausgebrachten Ausgabemittel“ (Erstattungen für Mitarbeiterkosten, Kostenpauschale, Aufwandsentschädigungen für Funktionsträger, Erstattungen für IT-Einrichtungen) „wenig transparent und ... in Teilen nicht mit dem Abgeordnetengesetz und dem Haushaltsrecht in Einklang (steht).“<sup>6</sup> Der schlimmste Rechtsverstoß liegt darin, dass die Erstattung von Gehältern für die Beschäftigung von Ehegatten und Verwandten 1. Grades ab 2004 rechtswidrig war.<sup>7</sup> Die Landtagspräsidentin und die Fraktionen bestreiten (natürlich) die Rechtswidrigkeit der Zahlungen. Sie wollen ein Rechtsgutachten einholen.<sup>8</sup>

## II. Lange Mängelliste

Tatsächlich hat der Landtag bisher nur einen kleinen Teil der Mängel in der Politikfinanzierung Bayerns beseitigt. Denn der Ministerpräsident will angesichts der Landtagswahlen am 15.9.2013 einen schnellen Schlusstrich ziehen.<sup>9</sup> Neben der Abschaffung der Verwandtenbeschäftigung ist ledig-